

639/J XXI.GP

### Anfrage

der Abgeordneten Ulli Sima  
und Genossinnen an  
den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit  
betreffend Umsetzung des Kyoto - Zieles

Die Ergebnisse der Klimaschutzkonferenzen vor Kyoto hatten einen deklaratorischen Charakter. Das österreichische Reduktionsziel wurde beispielsweise bei der Konferenz von Toronto auf 20% festgelegt. In Kyoto bekam Reduktion der Treibhausgas - Emissionen erstmals verpflichtenden Charakter, die nach der Ratifizierung des Kyoto - Protokolls völkerrechtlich bindend werden. Im Rahmen des EU - Burden - Sharing erwuchs Österreich eine Reduktionsverpflichtung um 13%, ausgehend vom Niveau von 1990. Am 28. Mai 1998 (OTS0092) haben Sie aber festgestellt, dass Österreich national weiterhin am Toronto - Ziel festhält.

Als Basis für die österreichische Klimaschutzpolitik dient der Kyoto - Optionen - Bericht, eine Studie der Kommunalkredit von 1999. Bis März diesen Jahres hätte aber der EU bereits über „Policies und Measures“ im Klimaschutz Bericht gelegt werden sollen, was Österreich verabsäumt hat. Andere EU - Staaten haben bereits einen konkreten nationalen Klimaschutzplan vorgelegt, der somit auch als Verhandlungsposition in die im November folgende Klimaschutzkonferenz miteinfließen kann.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit folgende

#### **Anfrage:**

1. Bildet das Toronto - Ziel noch immer die Grundlage der österreichischen Klimaschutzpolitik?
2. Die in der Kommunalkredit - Studie vorgeschlagenen Maßnahmen sind extrem förderungslastig. Welche dieser Förderungen oder Anreizinvestitionen werden in Ihrem Ressort im Jahr 2000 bereits budgetiert?
3. Wenn ja, in welcher Höhe?
4. Welche der vorgeschlagenen ordnungspolitischen Maßnahmen haben Sie bereits in Angriff genommen (z.B. ELWOG)?

5. Bei den im Kyoto - Optionen - Bericht angeführten Einzelmaßnahmen wird im Bereich Abfallwirtschaft eine Entbürokratisierung des Genehmigungsverfahrens und Beschleunigung des Bürgerbeteiligungsverfahrens bei der Errichtung von Müllverbrennungsanlagen vorgeschlagen. Bei der Zuständigkeit für die Umsetzung ist Ihr Ressort angeführt. Wie sind die Begriffe Entbürokratisierung und Beschleunigung in diesem Zusammenhang zu verstehen?
6. Eine sinnvolle Maßnahme wäre die Privatisierung des Energiemanagements in Bundesgebäuden. Wann wird die thermische Gebäudesanierung in Bundesgebäuden via Contracting - Modellen in Angriff genommen?
7. Bei einer Podiumsdiskussion am 3. April in der WU - Wien („Wie kann Österreich seine CO<sup>2</sup> - Verpflichtungen erfüllen?“) haben Sie sich für die Nutzung der „flexiblen Mechanismen“ ausgesprochen.
  - a) Sehen Sie die flexiblen Mechanismen als Möglichkeit für Österreich das Kyoto - Ziel zu erreichen?
  - b) In der Kommunalkredit - Studie werden die Netto - Beschäftigungseffekte der Bereiche Thermische Gebäudesanierung und Erneuerbare Energieträger mit 14.000 zusätzlich Beschäftigten über einen Zeitraum von 10 Jahren angegeben. Würden die flexiblen Mechanismen aus Ihrer Sicht einen Export von Arbeitsplätzen bedeuten?
8. Eine wichtige Maßnahme zur Reduktion der CO<sup>2</sup> - Emissionen im Bereich Verkehr ist das LKW - Road Pricing‘ dessen Einführung Sie als Umweltminister immer wieder gefordert haben. Wann werden Sie als Wirtschaftsminister für die Einführung des LKW - Road Pricing sorgen?
9. Nach der Kyoto - Konferenz wurde seitens der E - Wirtschaft kritisiert, dass Österreich keine Wirtschaftsvertreter entsandt habe, die Wirtschaft somit bei den Verhandlungen nicht eingebunden war (APA0379, 12.12.1997). Werden Vertreter der heimischen E - Wirtschaft an der Konferenz in Den Haag teilnehmen, damit das Aktionsprogramm der E - Wirtschaft „sauberes Klima“ in die Verhandlungen miteinfließen kann?